

Staatliche Deputation für Gesundheit			28. Sitzungsprotokoll
18. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft			2011 - 2015
<b>Sitzungstag:</b> 19.12.2014	<b>Sitzungsbeginn:</b> 14.30 Uhr	<b>Sitzungsende:</b> 15.24 Uhr	<b>Sitzungsort:</b> Senatorin für Finanzen, Rudolf-Hilferding-Platz 1, 28195 Bremen
<b>Teilnehmer / innen:</b> siehe anl. Anwesenheitsliste			
<b>Vorsitz:</b> Herr Senator Dr. Hermann Schulte-Sasse			

Herr Senator Dr. Schulte-Sasse begrüßt die Mitglieder der staatlichen Deputation für Gesundheit und die anwesenden Gäste und eröffnet die Sitzung.

### **TOP 1:**

Folgende Tagesordnung wird von den Mitgliedern der Deputation beschlossen:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung
TOP 2	Protokoll der Sitzung vom 25.11.2014
TOP 3	Verordnung über die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Gesetz über den Beruf der Notfallsanitäterin und des Notfallsanitäters sowie zur Änderung weiterer Vorschriften
TOP 4	Bekanntmachung über die nach dem Gesetz über den Beruf der Notfallsanitäterin und des Notfallsanitäters sowie zur Änderung weiterer Vorschriften und der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter zuständige Behörde
TOP 5	Berichtsbitte von Herrn Hamann (SPD) zum Spannungsfeld „Datenschutz und medizinischer Erkenntnisgewinn“
TOP 6	Umsetzung des Bremer Krankenhausgesetzes / Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprecher
TOP 7	Berichte der Gesundheitsämter Bremen und Bremerhaven 2013
TOP 8	Verschiedenes

<b>TOP 2</b>	<b>Protokoll der Sitzung vom 25.11.2014</b>
Die Deputation fasst folgenden Beschluss:	
<b>Beschluss</b>	
Die staatliche Deputation für Gesundheit genehmigt das Protokoll der Sitzung vom 25.11.2014.	

Staatliche Deputation für Gesundheit	Sitzung am: 19.12.2014	Protokoll-Seite: 2
--------------------------------------	---------------------------	-----------------------

TOP 3	<b>Verordnung über die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Gesetz über den Beruf der Notfallsanitäterin und des Notfallsanitäters sowie zur Änderung weiterer Vorschriften (Vorlage L-154-18)</b>
-------	--

Die Deputation fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Gesundheit stimmt dem Entwurf einer Verordnung über die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Gesetz über den Beruf der Notfallsanitäterin und des Notfallsanitäters sowie zur Änderung weiterer Vorschriften zu.

TOP 4	<b>Bekanntmachung über die nach dem Gesetz über den Beruf der Notfallsanitäterin und des Notfallsanitäters sowie zur Änderung weiterer Vorschriften und der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter zuständige Behörde (Vorlage L-155-18)</b>
-------	--

Die Deputation fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Gesundheit stimmt dem Entwurf einer Bekanntmachung über die nach dem Gesetz über den Beruf der Notfallsanitäterin und des Notfallsanitäters sowie zur Änderung weiterer Vorschriften und der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter zuständige Behörde zu.

TOP 5	<b>Berichtsbitte von Herrn Hamann (SPD) zum Spannungsfeld „Datenschutz und medizinischer Erkenntnisgewinn“ (Vorlage L-152-18)</b>
-------	---

Auf Grund der Abwesenheit von Herrn Hamann (SPD) wird der Bericht ohne Aussprache zur Kenntnis genommen. Weitere Fragen des Abgeordneten sollen bilateral mit dem Ressort erörtert werden.

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Gesundheit nimmt den Bericht des Senators für Gesundheit vom 19.12.2014 zum Spannungsfeld „Datenschutz und medizinischer Erkenntnisgewinn“ zur Kenntnis.

TOP 6	<b>Umsetzung des Bremer Krankenhausgesetzes / Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprecher (Vorlage L-153-18)</b>
-------	---

Die Deputation fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Beschluss:**

Die Deputation für Gesundheit schlägt dem Senator für Gesundheit die Berufung der Patientenfürsprecherin für die Roland Klinik Bremen und die stellvertretende Patientenfürsprecherin für das Klinikum Bremen-Nord für die Dauer von vier Jahren vor.

Staatliche Deputation für Gesundheit	Sitzung am: 19.12.2014	Protokoll-Seite: 3
--------------------------------------	---------------------------	-----------------------

TOP 7	<b>Berichte der Gesundheitsämter Bremen und Bremerhaven 2013 (Vorlage L-150-18)</b>
-------	---

Herr Bensch (CDU) dankt den Gesundheitsämtern für Ihre Berichte. Dem Dank schließen sich sämtliche weitere Abgeordnete an. Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90 / Die Grünen) fragt vor dem Hintergrund der Berichte nach dem aktuellen Personalstand zur medizinischen Versorgung der Flüchtlinge in der Zentralen Aufnahmestelle (ZAST). Frau Dr. Lelgemann (Gesundheitsamt Bremen) stellt sich der Deputation als neue Abteilungsleiterin im Gesundheitsamt vor. Sie ist anhand der derzeitigen Bewerberlage zuversichtlich die noch offenen Stellen zur medizinischen Versorgung in der (ZAST) zeitnah besetzen zu können.

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Gesundheit nimmt die Berichte der Gesundheitsämter Bremen und Bremerhaven 2013 zur Kenntnis.

TOP 8	<b>Verschiedenes</b>
-------	----------------------

Senator Dr. Schulte-Sasse erläutert den Deputierten die Inhalte des Bund-Länder-Eckpunkte zur Krankenhausreform, die Anfang des Monats beschlossen worden sind. Er weist dabei insbesondere auf die beschlossene Unterstützungshilfe für das Pflegepersonal am Krankenhausbett hin. Angaben über die monetären Auswirkungen auf die bremische Krankenhauslandschaft lassen sich allerdings erst mit Vorliegen konkreten Gesetzes- und Verordnungsentwürfen beziffern.

Senator Dr. Schulte-Sasse erläutert zusätzlich die Eckpunkte des vorliegenden Entwurfs eines Präventionsgesetzes der Bundesregierung. Er äußert sein Unverständnis darüber, dass der nun vorliegenden Entwurf an dem in der letzten Legislaturperiode gescheiterten Entwurfes anknüpft und lediglich marginale Veränderungen erkennen lässt. Insbesondere die seitens der Bundesländer geforderte Einbeziehung der Länder wie Kommunen sei für ein wirksames Präventionsgesetz unerlässlich. Herr Bensch (CDU) äußert ebenfalls sein Unverständnis über das Verfahren der letzten 10 Jahre und teilt die vorgebrachte Kritik am Entwurf. Er sichert zu auch innerhalb seiner Partei für Änderungen zur Einbeziehung der Kommunen und Länder zu werben.

---

Vorsitzender

---

Sprecherin

---

Protokollführer